



## **Bundesminister Gabriel, IG Metall Vorsitzender Wetzels und BDI-Präsident Grillo rufen gemeinsam zur Gründung eines Bündnisses 'Zukunft der Industrie' auf**

Bundesminister Gabriel, IG Metall Vorsitzender Wetzels und BDI-Präsident Grillo rufen gemeinsam zur Gründung eines Bündnisses "Zukunft der Industrie" auf.  
Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, der Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzels, und der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, haben heute in einer gemeinsamen Pressekonferenz zur Gründung eines Bündnisses "Zukunft der Industrie" aufgerufen. Ziel dieses Bündnisses ist es, im Dreiklang aus Politik, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften konkrete Verabredungen und prioritäre Maßnahmen zu treffen, um die industrielle Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland zu stärken. Gleichzeitig soll eine Stiftung "Zukunft der Industrie" gegründet werden, die das Bündnis unterstützt und wissenschaftlich begleitet. Im Vorfeld der Pressekonferenz wurden bereits weitere Partner aus Wirtschaft und Gewerkschaften eingeladen, sich an dem Bündnis zu beteiligen.  
Bundesminister Gabriel: "Unser Industriestandort ist mit immensen Herausforderungen konfrontiert, die die gesamte Wirtschaft tiefgreifend verändern werden. Dazu zähle ich zum Beispiel die Digitalisierung der Wirtschaft, den drohenden Fachkräftemangel und die Herausforderungen bei der Umsetzung der Energiewende. Aber auch die verhältnismäßig niedrigen Investitionen in Deutschland und die teilweise geringe Akzeptanz der Industrie und ihrer Vorhaben stellen unseren Industriestandort vor gewaltige Herausforderungen. Das erleben wir unter anderem durch den Widerstand gegen (Infrastruktur-) Projekte, die die Industrie dringend braucht. Ich bin fest davon überzeugt: Deutschland braucht eine konzertierte Aktion von Politik, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften, damit es auch im 21. Jahrhundert ein erfolgreiches Industrieland bleibt. Hier setzt unser Bündnis an: Es soll die anstehenden Herausforderungen systematisch und kooperativ angehen und in verbindliche Handlungsstrategien übersetzen".  
Der Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzels: "Noch vor 20 Jahren galten die industrielle Produktion und die damit verbundenen industriellen Dienstleistungen in Deutschland als Auslaufmodell. Heute zeigt sich ein völlig anderes Bild. Gerade das Festhalten an der sogenannten 'Old Economy' hat Deutschland Stabilität verschafft. Doch die Fachkräftesicherung, die Digitalisierung, die Energiewende und der Investitionsstau stellen uns vor neue Herausforderungen. Es geht um eine Schicksalsfrage für das Land: Wie stärken wir die Industrie, um damit die Zukunft und den Wohlstand Deutschlands zu sichern. Das ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die starke Bündnispartner braucht. Es gilt, nicht nur die nötigen Lösungen für eine wissensbasierte und innovationsstarke Industrie zu finden, sondern diese auch in die Tat umzusetzen: Die Gewerkschaften gestalten zusammen mit den Unternehmen sozialpartnerschaftlich die Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen als Basis für eine starke Industrie. Der Staat muss für stabile wirtschafts- und industriepolitische Rahmenbedingungen sorgen. Und die Unternehmen müssen in den Industriestandort Deutschland und die Qualifizierung der Beschäftigten investieren. Der ökonomische Erfolg und die Zukunftsfähigkeit der industriellen Produktion und der industriellen Dienstleistungen basieren auf der herausragenden Leistung der Beschäftigten, ihrer Kreativität, ihrem Engagement und ihrer Innovationskraft".  
BDI-Präsident Ulrich Grillo: "Die Industrie hat Deutschland aus der Finanz- und Wirtschaftskrise geholt. Die Bruttowertschöpfung ist 2013 gegenüber dem Krisenjahr 2009 um 29 Prozent gestiegen, um rund 130 Milliarden Euro auf gut 560 Milliarden Euro. Der Anteil der Industrie an der deutschen Wirtschaftskraft stieg derweil von 20 auf 22 Prozent. Wir dürfen nicht nur auf unsere Erfolge in der Vergangenheit schauen. Die - noch - hohe Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, die gute globale Aufstellung unserer Unternehmen, unsere tief gestaffelten Wertschöpfungsketten sind unsere Stärken. Aber sie stehen auf dem Spiel, wenn Deutschland nicht bald handelt. Für Investitionen und Innovationen das richtige Klima zu schaffen - wirtschaftspolitisch und mental: Das ist die Aufgabe, vor der Politik und Wirtschaft gemeinsam stehen."   
Für Anfang 2015 ist die konstituierende Sitzung einer High Level Group, bestehend aus den Gründungsmitgliedern und weiteren Partnern, geplant. Danach soll das Bündnis seine Arbeit aufnehmen und in verschiedenen Arbeitsgruppen eine konsistente Agenda für eine mittel- und langfristige Zukunftsperspektive für die Industrie in Deutschland erarbeiten.  
Der gemeinsame Aufruf von BMWi, IG Metall und BDI zur Gründung eines Bündnisses "Zukunft der Industrie" kann hier (PDF: 64 KB) abgerufen werden.  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)  
Scharnhorststr. 34-37  
11019 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030 18 615-6121  
Telefax: 030 18 615-7020  
Mail: [pressestelle@bmwi.bund.de](mailto:pressestelle@bmwi.bund.de)  
URL: <http://www.bmwi.de>

### **Pressekontakt**

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

11019 Berlin

[bmwi.de](http://bmwi.de)  
[pressestelle@bmwi.bund.de](mailto:pressestelle@bmwi.bund.de)

### **Firmenkontakt**

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

11019 Berlin

[bmwi.de](http://bmwi.de)  
[pressestelle@bmwi.bund.de](mailto:pressestelle@bmwi.bund.de)

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden: Bundeskartellamt, Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, Physikalisch-Technische Bundesanstalt, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe